

# Was nach der Hochkonjunktur?

Autor(en): **Brodbeck, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **7 (1952)**

Heft 1

PDF erstellt am: **15.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-890508>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Was nach der **H**ochkonjunktur?

HANS BRODBECK

Wir sind es nachgerade gewohnt, daß, sobald die schweizerische Wirtschaft wieder einmal auf Hochtouren läuft, Stimmen laut werden, die uns davor warnen, mit einem Andauern einer solchen Konjunktur zu rechnen.

Früher hieß es: Wie auf einen Wellenberg ein Wellental folgt, so muß auf eine Hochkonjunktur naturnotwendig eine Krise, eine Depression, ein Niedergang der wirtschaftlichen Tätigkeit folgen. Wie auf die sieben fetten Jahre in Aegypten zur Zeit Josephs die sieben mageren Jahre kamen, so folgen den Jahren der guten Konjunktur die schlechten. Die Krisenjahre von 1930 bis 1936 werden als neuer Beweis für diese Theorie betrachtet.

Verschiedene Staaten — aber noch lange nicht alle — erlebten in der Zeit von 1920—1923, also kurz nach dem ersten Weltkrieg einen scharfen Konjunkturrückschlag. Das verleitete gewisse Professoren der Nationalökonomie dazu, am Ende des zweiten Weltkrieges eine zweite Nachkriegskrise zu prophezeien, ungeachtet der schweren Zerstörungen in den vom Kriege heimgesuchten Ländern, und ungeachtet des Mangels an Konsumgütern, der auch in jenen Ländern herrschte, die vom Kriege nicht direkt betroffen wurden. Die vorausgesagte Nachkriegskrise ist bis heute ausgeblieben. Das hat nun die Propheten doch etwas vorsichtiger gemacht. Heute spricht man nicht mehr von einem drohenden Preiszerfall und wirtschaftlicher Depression, sondern von einem zu erwartenden Abflauen der Konjunktur und einer «Normalisierung» der Wirtschaft.

Es gibt Volkswirtschaftler, die unter einer normalisierten Wirtschaft eine Wirtschaft verstehen in welcher der Käufer weitgehend die Preise und der Arbeitgeber weitgehend die Löhne bestimmen kann. Sie tun, als ob in Zeiten guter Konjunktur, der Produzent — sei es nun ein Fabrikant oder Landwirt — wie auch der Händler die Preise seiner Waren willkürlich festsetzen könne, und als ob

in solchen Zeiten die Arbeiter beliebige Lohnforderungen durchsetzen könnten. Ihr Ideal ist eine normalisierte Wirtschaft, mit nachgebenden Preisen und einer genügenden Anzahl von Arbeitslosen, damit die Löhne möglichst tief gehalten und die Preise vom Käufer bestimmt werden können.

Heute gibt es zum Glück — namentlich unter den jüngern Professoren — Volkswirtschaftler, die anders denken und wesentlich fortschrittlicher eingestellt sind. Und was als ein bedeutender Fortschritt gewertet werden darf, das ist die Erkenntnis, daß eine Wirtschaftskrise kein naturnotwendiges Uebel ist, dem wir wehrlos ausgeliefert sind, wie einer Naturkatastrophe. Leider ist diese Erkenntnis noch nicht Allgemeingut. Es wird noch allerhand Aufklärungsarbeit nötig sein, bis die Einsicht allgemein durchgedrungen sein wird, daß es möglich ist, die Wirtschaft ohne jeglichen Rückschlag in Gang zu halten.

Merkwürdig, wenn irgendwo ein Krieg droht oder ausbricht, kommt die Wirtschaft auch in den nicht beteiligten Staaten sofort in Gang, mögen die Geschäfte vorher noch so schlecht gelaufen sein. Sowie aber der Friede «droht» sind schon wieder Stockungen spürbar. Bekanntlich wird auch die heutige Konjunktur dem Ausbruch eines Krieges — des Krieges in Korea — zugeschrieben, und leider nicht ganz zu Unrecht. Ist es nicht ein ganz bedenkliches Armutszeugnis für uns Menschen des 20. Jahrhunderts, daß sie bis jetzt noch nicht imstande waren, die Wirtschaftsordnung so zu gestalten, daß jeder Arbeitswillige jederzeit Arbeit und angemessenen Verdienst findet, daß der Bauer nicht mehr einen allgemeinen Preisabbau und der Fabrikant das Ausbleiben von Aufträgen zu befürchten hat. Daß es bis heute noch nicht gelungen ist, eine dauernde Vollbeschäftigung aufrecht zu erhalten, ohne Rüstungsaufträge für neue Kriege, das ist ein schwerer Schandfleck, der auf der Menschheit lastet, ein Verhängnis, das immer wieder zu Kriegen führen wird, bis es eines Tages gelingt, den Ausweg zu erkennen und zu gehen, der zur Lösung dieser Frage führt.

Die Liberalen alter Schule sahen diesen Ausweg in einem uneingeschränkten «Laissez faire et laissez aller», im hemmungslosen Machen- und Gehenlassen der wirtschaftlichen Kräfte. Der Weg

war falsch, er führte zur rücksichtslosen Ausbeutung der Schwachen durch die Starken, zur Ausbeutung der Besitzlosen durch Zins und Grundrente.

Die natürliche und begreifliche Reaktion auf diesen *angeblich* «freien» Wettbewerb, der bei diesem Spiel der wirtschaftlichen Kräfte sich entwickeln sollte, war der Zusammenschluß der Schwachen und ihr Kampf gegen die Ausbeutung durch die Starken. Es entstand die Arbeiterbewegung, die sich ursprünglich ganz auf die Lehre von Karl Marx stützte. Karl Marx glaubte, wer die Produktionsmittel in Händen habe, der besitze damit die Mittel zur Ausbeutung der Arbeiter. Daß auch der Bauer ausgebeutet wird, wenn die Preise seiner Produkte gesenkt werden, scheint er übersehen zu haben. Die Idee von der Ausbeutung des Arbeiters durch die Produktionsmittelbesitzer führte Marx dazu, die Ueberführung dieser Produktionsmittel in Allgemeinbesitz zu fordern. Dann würde — so meinte er — auch die Ausbeutung aufhören. Nicht nur die Eisenbahnen und die Post, sondern auch die Kohlenminen, die Bergwerke aller Art, die Eisen- und Stahlwerke, die Maschinen- und Textilfabriken usf. müßten vom Staat in Betrieb genommen werden. Es ist der Weg, von dem viele noch heute das Heil der Welt erwarten. Sie — diese Allzuvielen — glauben damit den Weg zur wahren Demokratie, zur Herrschaft des Volkes zu beschreiten. In Wirklichkeit ist es der direkte Weg zur Diktatur, zur Diktatur von Verbandsvorständen, zur Diktatur eines kleinen Klüngels Parteigewaltiger. Ihnen opfert das Volk, ohne daß es sich dessen bewußt wird, Stück um Stück seiner Freiheit. Man fordert die Opfer im Namen der Volksgemeinschaft und erklärt jene, die sich gegen die Unterdrückung ihrer persönlichen Freiheit wehren, zu Feinden des Volkes, zu Feinden der Demokratie und stempelt sie zu Verrätern.

Wohl ist es möglich, daß die Arbeitslosigkeit, wo immer sie auftritt, durch den Machtspruch eines Diktators überwunden werden kann. Das geht aber nicht nur auf Kosten der persönlichen Freiheit des Einzelnen, sondern auch auf Kosten einer gesunden, vielseitigen und völkerverbindenden Entwicklung der Wirtschaft. Eine durch staatliche Erlasse gelenkte Wirtschaft wird, weil sie die Initiative des Einzelnen lähmt, nie den bestmöglichen Ertrag abwerfen, und der Lebensstandard unter einem solchen Regime wird immer hinter

dem Lebensstandard eines Volkes zurückbleiben, das über eine freie Wirtschaft verfügt.

Wenn wir die Tendenz kritisieren, alle Macht über die Wirtschaft und die Menschen dem Staate zuzuschanken, als dem vermeintlichen Repräsentanten der allgemeinen Interessen und des Volkes, dann wollen wir aber nie vergessen, daß die Völker durch die schlechten Erfahrungen, die sie unter der Herrschaft der kapitalistischen Zinswirtschaft machten, auf den Abweg der staatlichen Befehlswirtschaft gedrängt wurden. In eine Befehlswirtschaft, in der die großen Wortführer in alle Zweige der Wirtschaft hineinregieren und soweit möglich auch Löhne und Preise diktieren.

Wir müssen deshalb zuerst den Kapitalismus überwinden, wenn wir zu einer freiheitlich geordneten, krisenfreien Wirtschaft gelangen wollen. *Der Kapitalismus steht und fällt mit der Zinswirtschaft. Diese aber lebt von den Konjunkturschwankungen. Eine stetige Konjunktur bringt nämlich den Zins zum Sinken.* Wenn alle Geschäfte, alle Betriebe und alle Räder laufen, wird schön verdient, es häufen sich die Gewinne, die Arbeitskräfte sind gesucht, die Löhne steigen und es sammeln sich die Sparkapitalien. Schulden können zurückbezahlt werden und die Geldbesitzer geraten in «Schwierigkeiten» weil sie nicht wissen, wohin mit ihrem Geld, wenn der Zins immer tiefer sinkt und die Gewinnmöglichkeiten seltener werden. Das wachsende Kapitalangebot, das in einer zunehmenden Nachfrage nach Obligationen, Aktien und Hypotheken usw. zu Tage tritt, treibt die Kurse dieser Papiere in die Höhe und bewirkt so, daß jeder spätere Käufer mit einer geringeren Rendite, mit einem kleinern Kapitalertrag vorlieb nehmen muß. Entsprechend der verminderten Rendite sinkt auch der Zinssatz für Neuanlagen. Je länger eine Konjunktur andauert, je mehr Fabriken erstellt, je mehr Häuser gebaut werden- je größer das Angebot an Sachwerten im Verhältnis zur Nachfrage, desto tiefer sinken Rendite und Zins. Wenn wir uns diese Entwicklung vor Augen halten, dann begreifen wir, warum der Kapitalist kein Interesse an einer allzu lange dauernden Konjunktur hat. Er kann für sein Geld erst dann wieder eine höhere Rendite erwarten, wenn durch Krise oder Krieg Sachwerte entwertet oder vernichtet worden sind, wenn so und so viele Kapitalisten und Unternehmer Hab und Gut verloren.

Das bedeutet für den großen Kapitalisten die Ausschaltung der vielen kleinen Konkurrenten auf die bequemste Art. Sind diese ausgeschaltet, dann darf die Wirtschaft wieder anlaufen, Geld wird gesucht, Rendite und Zins steigen.

Mit diesen Feststellungen soll nun keineswegs etwa behauptet werden, daß die Kapitalisten allesamt oder doch zur Mehrzahl so böseartig und skrupellos seien, um bewußt die Wirtschaft in Schwierigkeiten zu bringen. Die Großzahl wird einer rückläufigen Konjunktur nur ganz unbewußt Vorschub leisten. Aber eine kleine Minderheit weiß genau Bescheid und hat bestimmt keine Hemmungen, das wirtschaftliche Geschehen zur Förderung der eigenen Interessen zu beeinflussen, unbekümmert um die schweren Schäden und Wunden, die sie dadurch dem arbeitenden Volk verursachen. Was macht es ihnen schon aus, wenn Arbeiter auf die Straße gestellt werden, was kümmert es sie, wenn die Kleinbauern wegen der sinkenden Preise den Zins nicht mehr aufbringen? Je größer die Schwierigkeiten der Kleinen, seien es nun Bauern, Unternehmer, Kaufleute, Arbeiter, Angestellte oder Beamte, desto reicher die Ernte. Bauergüter sind nie billiger zu bekommen, als zu Krisenzeiten, desgleichen Fabriken, Geschäfte und Wohnhäuser. Und als Endergebnis folgt die steigende Rendite beim Wiederanlaufen der Wirtschaft. Ein Stab von Söldlingen besorgt ihre Geschäfte. Sie brauchen sich nicht allzusehr zu bemühen. Es genügt, wenn sie die Zeitungsagenturen in Händen haben und ihren Wünschen durch finanzielle Unterstützung Nachdruck verleihen. Die Redaktoren sorgen schon dafür, daß keine Artikel erscheinen, die den Geldinteressen zuwiderlaufen.

Leider sind auch die Hochschulen nicht ganz unabhängig von den Finanzmächten, und wer will bestreiten, daß dies auch auf einen bestimmten Teil unserer Politiker zutrifft?

Diese Verbindungen und Bindungen sind nun in der Schweiz nicht derart umfassend und tiefgehend, daß von einer Korruption gesprochen werden könnte. Es wird kein Beamter, kein Redaktor, kein Politiker und kein Professor durch Bestechung zu einer bestimmten Haltung veranlaßt, aber es müßten schon Wunder geschehen, wenn einflußreiche Ämter an Männer vergeben würden, von denen man befürchten muß, daß sie die vorgezeichnete Linie

nicht einhalten werden. Wer vorwärts kommen will, der muß sich danach richten.

Gewiß sind sich nur wenige dieser Zusammenhänge bewußt. Die weitaus größte Mehrzahl der Stützen der heutigen Zinswirtschaft sind einfach in dieser Ideenwelt aufgewachsen, ohne sich je Rechenschaft darüber zu geben, ob die gegebene Ordnung auch gut sei, und ohne sich die Frage zu stellen, ob nicht etwa das Fundament dieses Gebäudes schlecht sei. Zwar zeigt die Fassade schon allerhand Risse, aber die kann man immer noch flicken. Man kennt das ehrwürdige Haus von Kindsbeinen an, also muß es doch gut sein und es wäre vermessen, ein besseres bauen zu wollen. Die Neuerer, die unbedingt auf einem andern Fundament ein solideres Haus errichten zu können glauben, das sind bloß weltfremde Phantasten, unbequeme Kritiker, die mundtot zu machen ein Verdienst ist.

Man darf diese psychologischen Hintergründe nicht vergessen, wenn man die Eingaben und Wünsche führender und tonangebender Kreise und Verbände und die Stellungnahme maßgebender Persönlichkeiten zu den Fragen von Währung, Wirtschaft und Finanz richtig verstehen und einschätzen will.

(Mit Tatsachen reich untermauert nimmt H. Brodbeck in der nächsten Nummer der «Vierteljahrsschrift» im einzelnen Stellung zur gestellten Frage.)

## **Praktische Erfahrungen**

an Großsilos mit der biologischen

Futterkonservierung « Elser »

ERNST ELSER und SILVIA FUCHS

### I.

Heute noch ist die Silierung von Gras und Klee eine Frage, die ihrer Lösung harrt. Der Landwirt ist vor allem nicht befriedigt, weil die Futterkonservierung mit hohen Kosten verbunden ist und die